

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 12 (1992)
Heft: 24

Rubrik: Plattform : "Demokratie für alle"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

"Demokratie für alle"

Demokratische Rechte für alle, die hier leben und arbeiten

Alle Männer und Frauen, die seit mindestens fünf Jahren in der Schweiz leben und arbeiten, haben Anspruch auf die gleichen Rechte, im besonderen auf das Stimm- und Wahlrecht auf der Ebene von Gemeinde und Kanton.

Wir leben und arbeiten zusammen und wir alle zahlen Steuern. So ist es nur gerecht, wenn wir auch gemeinsam über unsere Zukunft entscheiden. Drei Viertel der AusländerInnen in der Schweiz leben seit vielen Jahren und auf Dauer hier.

Unsere Kinder gehen zusammen zur Schule. Sie bilden die Gemeinschaft von morgen. Ein Drittel der AusländerInnen in der Schweiz sind hier geboren oder ausgebildet worden. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass sie ab ihrem 18. Lebensjahr nicht mehr die gleichen Rechte besitzen, wie Schweizerkinder.

Die Frauen haben erst seit 21 Jahren das Stimm- und Wahlrecht. Eine solidarische und offene Gesellschaft lässt sich nicht aufbauen, solange ein Sechstel ihrer Mitbürger diese politischen Rechte nicht besitzt.

Wir fordern deshalb demokratische Rechte für alle, die hier leben und arbeiten. Damit sollen alle die Möglichkeit erhalten, sich zu Angelegenheiten wie Wohnungsfrage, Schule, Gesundheitsbereich, Arbeitsbedingungen, Umwelt, Kultur und Sport zu äussern. Die "demokratischen Rechte für alle" sollen in einem ersten Schritt auf lokaler Ebene eingeführt werden. Doch unser Ziel ist die Gewährung dieser Rechte auf der Ebene von Gemeinde, Kanton und Bund. Sie sind fest mit unseren Anstrengungen gegen jegliche Form der Ausgrenzung verbunden, namentlich

- gegen die Ausgrenzung der Saisoniers und Kurzaufenthalter, denen der Familiennachzug verweigert wird und der Ausländer und Ausländerinnen, die ihren Aufenthaltsstatus verlieren, wenn sie für mehr als sechs Monate die Schweiz verlassen;
- gegen die Ausgrenzung der ex-jugoslawischen ArbeiterInnen, welche die ersten Opfer der neuen Ausländerpolitik des Bundesrates (Drei-Kreise-Modell) sind;
- gegen die Ausgrenzung der Asylsuchenden und der ImmigrantInnen aus der Dritten Welt, die von den Behörden als "Wirtschaftsflüchtlinge" und "Scheinasylanten" abgestempelt werden und deren Integration erschwert wird, was sie zum bevorzugten Ziel rassistischer Übergriffe macht;
- gegen die Ausgrenzung der Arbeitslosen, die - ohne Unterschied der Nationalität - den rigorosen Sparprogrammen oder der Strukturbereinigung in den Betrieben zum Opfer fallen; und gegen die Ausgrenzung, von der alle Lohnabhängigen bedroht sind, die nicht den vollen Teuerungsausgleich erhalten und deshalb die Mietzinserhöhungen und steigende Krankenkassenprämien nicht mehr verkraften können und so in den Strudel der Kleinkreditverschuldung geraten.
- gegen die Ausgrenzung der vielen RentenempfängerInnen, deren Renten nicht mit den Lebenshaltungskosten Schritt halten und immer mehr aus einer Gesellschaft ausgeschlossen werden, in der nur jene Platz haben, die "aktiv" sind.

Die "demokratischen Rechte für alle", wie wir sie fordern, geben allen die Möglichkeit, diesen Ausgrenzungen mit einem Ausbau der sozialen und demokratischen Rechte (insbesondere in den Betrieben) für jedermann und jedefrau entgegenzuwirken.

Wir treten zudem für den stark erleichterten und kostenlosen Erwerb des Schweizer Bürgerrechts ein. Für die zweite Generation sollte der Erwerb - wie in Frankreich - automatisch erfolgen. Der Erwerb des Schweizer Bürgerrechts und die Ausübung der politischen Rechte sind zwei verschiedene Dinge. Die Gewährung der "demokratischen Rechte für alle, die hier leben und arbeiten", trägt diesem Unterschied Rechnung. Die erleichterte Einbürgerung und die "demokratischen Rechte für alle" sind zwei Forderungen, die sich ergänzen.

Die Einführung der "demokratischen Rechte für alle, die hier leben und arbeiten" entspricht der Forderung nach Bürgerrechten für AusländerInnen in Europa. Diese Rechte existieren in dieser Form bereits in Schweden, Norwegen, Irland, Dänemark und Holland. Der Vertrag von Maastricht sieht für alle Bürgerinnen und Bürger aus den Mitgliedstaaten die Möglichkeit des Stimm- und Wahlrechts in der Wohngemeinde und für das Europäische Parlament vor.

Die Perspektive eines "Europas der Bürger und Bürgerinnen" ist real. Es liegt an uns, dafür zu sorgen, dass Einwanderer aus Ländern ausserhalb Europas, die jetzt von der Ausgrenzung bedroht sind, die gleichen Rechte ausüben können wie jene, die in der Schweiz und in Europa leben und arbeiten. Die Schweiz muss sich diesem "Europa der Bürger und Bürgerinnen" anschliessen und nicht einem Europa der Polizei à la Schengen, der "Festung Europa".

In zwei Kantonen, in Neuenburg und im Jura, haben die Ausländer und Ausländerinnen politische Rechte. In den Kantonen Aargau, Basel-Stadt, Bern, Genf, Waadt und Zürich sind entsprechende Volksinitiativen lanciert worden. Für die kommenden Jahre setzen wir uns zum Ziel, die "demokratischen Rechte für alle" in allen Regionen der Schweiz einzuführen. Die unterzeichnenden Organisationen und Einzelpersonen wollen sich dafür engagieren.

Die Plattform "Demokratie für alle - Demokratische Rechte für alle, die hier leben und arbeiten" ist bereits von folgenden Organisationen unterzeichnet worden:

Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Grüne Partei der Schweiz, Bewegung für eine offene, demokratische und solidarische Schweiz BODS, Toutes citoyennes, tous citoyens Vaud et Genève, Solidarités Neuchâtel, Komitee Politische Rechte für ImmigrantInnen PRIM Bern, Les VertEs/Die GrünEn Freiburg, SOS-Asile Vaud, SOS-Racisme Suisse romande, Centre de Contact Suisse-Immigrés Fribourg et Genève, Union Syndicale fribourgeoise, Confédération fribourgeoise du travail, Confédération romande du travail (CRT), Parti socialiste ouvrier (PSO) - La Brèche, Bresche-Forum Zürich, Grünes Bündnis Bern, Sozialistische Grüne Alternative SGA Zug, PTT-Union, Verband Schw. Postbeamter VSPB, Frauen machen Politik FraP Zürich, Mitenand Zürich, Initiativkomitee AusländerInnen-Stimm- und Wahlrecht Baden, FEMAES Bern, OSKEME Zürich, Partito della Rifondazione Comunista, Schweizerisches ArbeiterInnenhilfswerk (SAH), Partito Socialista Unitario (PSU), Partei der Arbeit der Schweiz (PdA), Federazione delle Colonie libere italiane (FCLI), Partito democratico di sinistra, SP-Kommission für AusländerInnenfragen des Kantons Zürich, VPOD, Schweizer Syndikat Medienschaffender SSM. (Stand 4.9.92)